

3 APR 1963
TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/65

Bonn, den 3. April 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Ertappt !</u> Bundesregierung und Röhren-Embargo	24
1	<u>Nicht auf die lange Bank schieben !</u> Bonn und Israel	24
2 - 3	<u>Nächstenhilfe - sinnvoll ausbauen</u> Zum Gesetzentwurf der Koalitionsparteien für ein "Freiwilliges soziales Jahr" Von Marta Schanzenbach, MdB	91
4	<u>SPD an der Spitze</u> Ein aufschlussreicher Vergleich	46
5 - 6	<u>Harmlos fängt es an</u> Im Gestrüpp der ostzonalen Nachrichtendienste	50
6	<u>Gemeindepolitik im Vordergrund</u> Intensivierung der sozialdemokratischen Öffentlichkeitsarbeit in Schweden	22

Chefredakteur Günter Markscheffel

Bundesregierung und Röhren-Embargo

sp - Wieder einmal ist die Bundesregierung dabei ertappt worden, daß sie bestimmte Tatsachen und Tatbestände dem Parlament verschweigt oder sie mindestens so darstellt, daß alles im Unklaren bleibt. Die Embargo-Debatte des Bundestages und der Trick, mit dem die CDU/CSU das Parlament beschlußunfähig machten, um der Regierung zu einem "Sieg" zu verhelfen, ist noch in frischer Erinnerung. Jetzt hat die amerikanische Nachrichtenagentur UPI den Text der NATO-Empfehlung für den Export von Röhren im Wortlaut bekanntgegeben. Daraus ergibt sich, daß die NATO-Mitgliedstaaten das Recht hatten, die Lieferung von Großröhren über 48 cm Durchmesser an den Sowjetblock "im Rahmen bestehender Verträge zu b e e n d e n", während man ihnen empfahl, n e u e Kontrakte zu verhindern. - Die Bundesregierung, nach dem Wahrheitsgehalt dieser UPI-Meldung befragt, erklärte, sie könne diese weder dementieren, noch bestätigen, da es sich bei der NATO-Empfehlung um ein geheimes Dokument handele.

Auf gut Deutsch heißt das: Die Bundesregierung hat den Bundestag und die deutsche Öffentlichkeit gerollt. Aus Kreisen der CDU und FDP wird bekannt, daß man selbst die Abgeordneten dieser Parteien nicht korrekt über den wahren Inhalt der NATO-Empfehlung unterrichtet hatte. Die Minister, die den tatsächlichen Wortlaut der Empfehlung kannten, waren im Kabinett "vergattert" worden und mußten infolgedessen ihre eigenen Parteifreunde im Unklaren lassen.

Wie sagte Willy Brandt einmal im Wahlkampf zur Bundestagswahl 1961? "Das deutsche Volk hat ein Recht darauf, mit weniger Gerissenheit, dafür aber mit mehr Wahrhaftigkeit behandelt zu werden."

+ * +

Nicht auf die lange Bank schieben !

sp - Abgeordnete a l l e r im Bundestag vertretenen Parteien haben die Bundesregierung gebeten, auf schnellstem Wege ein Gesetz vorzulegen, das Deutschen verbietet, an der Raketenforschung in Ägypten mitzuarbeiten oder ihnen, falls sie eine solche Aufforderung nicht befolgen, die Pässe zu entziehen. Die Bundesregierung wäre gut beraten, diese Vorschläge bald Gesetzeskraft erlangen zu lassen. Handhabe dazu bietet der Artikel 26 des Grundgesetzes, der Handlungen unter Strafe zu stellen wissen will, die "geeignet sind und die in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören und besonders die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten". Wer so handelt, besagt der Artikel, handelt verfassungswidrig.

Die arabisch-israelischen Gegensätze nehmen an Schärfe zu. Führende arabische Politiker haben aus ihrer Absicht kein Hehl gemacht, den Staat Israel, den sie als Stachel im eigenen Fleisch empfinden, zu vernichten. Nur fehlen ihnen die Mittel dazu. Auf allen Wegen versuchen sie, diese sich zubeschaffen. Überhaupt kann aus der Spannungen in Nahost eine unmittelbare Bedrohung des Weltfriedens entstehen. Gelingen die arabischen Vernichtungspläne, wäre die Menschheit um ein Licht ärmer. Der Gedanke, dieses Gebiet in eine Zone verdünnter Rüstung zu verwandeln, hat noch keine Aussicht auf Verwirklichung. Die Möglichkeiten der Bundesrepublik, von sich aus entspannend auf die Entwicklung in Nahost einzuwirken, sind zwar begrenzt, aber sie sollten ausgenutzt werden. Das sind wir uns und den Israelis schuldig.

+ * +

Nächstehilfe - sinnvoll ausbauen

Zum Gesetzentwurf der Koalitionsparteien für ein
"Freiwilliges soziales Jahr"
Von Marta Schanzenbach, MdB

Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP haben vor kurzen im Bundestag den Entwurf für ein Gesetz zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres eingebracht. Die Initiatoren des Gesetzentwurfs wollen den von ihnen angestrebten sozialen Dienst der Jugend künftig der Berufsausbildung gleichgestellt sehen.

Es besteht aber die große Gefahr, daß der Entwurf zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres in der Öffentlichkeit mißverstanden wird. Allzu oft haben in den letzten Jahren vor allem Politiker aus Kreisen der CDU/CSU Sympathien für ein "Pflichtjahr" für schulentlassene Mädchen erkennen lassen. Es darf hier aber festgestellt werden, daß die Antragsteller nicht an jenes "Pflichtjahr" denken; vielmehr sollen die im Zusammenhang mit der bisherigen ehrenamtlichen Tätigkeit junger Mädchen in Krankenhäusern und anderen Sozialeinrichtungen entstandenen wirtschaftlichen Härten durch Gesetz ausgeglichen werden.

Die Antragsteller aus der Regierungskoalition sind auch der Meinung, daß durch die Behebung dieser bisherigen Mängel die Bereitschaft zu freiwilligen sozialen Diensten gefördert werden könne.

Ja zur ehrenamtlichen Tätigkeit

Es steht außer Frage: die sozialdemokratische Fraktion im deutschen Bundestag bejaht die freiwillige, ehrenamtliche soziale Tätigkeit. Ohne diese Hilfe für den Nächsten vermag eine Demokratie nicht zu leben. Die in der Nachkriegszeit geleistete soziale Arbeit zur Behebung ausserordentlicher Notstände wäre ohne die freiwillige Hilfe junger Frauen und Männer nicht möglich gewesen. Auch heute können Gemeinden, Wohlfahrtsverbände und andere soziale Einrichtungen auf die ehrenamtliche, freiwillige Mitarbeit der Bürgerschaft nicht verzichten. Durch den besonderen Einsatz im Dienst für den Nächsten darf aber den Helfern kein entscheidender wirtschaftlicher Schaden entstehen.

Die Fraktion der SPD ist gerne bereit, wirtschaftliche Einbußen, die durch eine freiwillige Tätigkeit entstehen, abzubauen zu helfen; an dem vorgelegten Gesetzentwurf werden die sozialdemokratischen Abgeordneten deshalb auch mitarbeiten.

Nein zur Zwangsverpflichtung

Die Sozialdemokratie hat aber auch Anlaß, schon jetzt, da der Koalitionsentwurf dem Ausschuß für Familien- und Jugendfragen zur Weiterberatung überwiesen wurde, einige Bedenken deutlich herauszustellen. Wegen des Mangels an Pflegepersonal für Krankenhäuser, Altersheime, Kinderheime sowie für überlastete Haushalte sind von Verbänden und einflussreichen Persönlichkeiten wiederholt Gegenmaßnahmen gefordert worden, so auch in Gestalt eines Pflichtjahres für Mädchen. Die Forderung

gen werden teilweise damit begründet, daß ein Pflichtjahr weder politische noch militärische Vorzeichen haben dürfe, andererseits aber Wahlmöglichkeiten, tarifgemäße Bezahlung und eine Garantie für die Erhaltung des Arbeitsplatzes in sich schließen müsse. Evangelische Frauenkreise verlangten nach einem Gesetz, daß ihren Töchtern ein "Kampfjahr gegen die Not der Hilflosen" auferlegt, Ein Jurist forderte die gesetzliche Einführung eines sogenannten "Familienjahres", um in Anpassung an den Wandel der gesellschaftlichen Struktur "Mädchen auf den künftigen Familienhaushalt vorzubereiten". Und der Theologe Professor Thielecke meinte, daß analog der militärischen Dienstpflicht für die männlichen Jugendlichen ein pflegerisches Dienstjahr für die weibliche Jugend eingeführt werden sollte.

Obwohl auch die Einbringer des Antrages ein Pflichtjahr ablehnen, muß die SPD-Fraktion einmal mehr feststellen, daß sie die Einführung einer Zwangsverpflichtung für Mädchen konsequent ablehnen wird. Das Grundgesetz verbietet ein solches Pflichtjahr; da ohne die Stimmen der Sozialdemokratie die Verfassung nicht zu ändern ist, ist die Gewähr gegeben, daß das Grundgesetz wegen des Pflichtjahres nicht angetastet werden kann.

Unkenntnis des Sachverhalts

Es ist eine Illusion, zu glauben, daß der Mangel an Pflegerinnen und hauswirtschaftlichen Kräften mit der Einführung eines freiwilligen Jahres oder auch eines Pflichtjahres zu beheben sei. Der Mangel an Pflegekräften hat verschiedene Ursachen, denen auch nach Heilung der SPD unbedingt nachgegangen werden muß. Das Heilmittel in einer gesetzlich festgelegten Dienstverpflichtung junger Mädchen zu sehen, beweist nur die Unkenntnis des tatsächlichen Sachverhalts.

Der Mangel an Pflegekräften und hauswirtschaftlichen Hilfen ist nicht allein die Folge unserer wirtschaftlichen Entwicklung, der sozialen Umschichtungen und der Kriegsauswirkungen. Die Mängel sind vielmehr darin begründet, daß nichts oder zu wenig oder zu spät unternommen wurde, um die Notstände dieser Berufszweige zu beseitigen. Die Ausbildung und die Arbeitsbedingungen in den sozialen, pflegerischen und hauswirtschaftlichen Berufen entsprechen noch zu einem großen Teil dem Dienstverhältnis des vorigen Jahrhunderts.

Erst wenn diese Berufe modern ausgestattet werden, mit einem freien Arbeitsvertrag, mit einer ordentlichen Unterbringung und mit einer guten Bezahlung, werden diese Mangelberufe von den jungen Mädchen wieder in stärkerem Umfang als Berufs- und Lebensziel gewählt werden.

Der in dem Gesetzentwurf angesprochene freiwillige soziale Dienst stellt den Sozialeinrichtungen nur unausgebildete Kräfte zur Verfügung. Mit dem Einsatz ungelernter Arbeitskräfte wird aber weder der Mangel an Fachkräften in Krankenanstalten noch in der Hauswirtschaft behoben.

Für die Gesundheitsministerin, Frau Schwarzhaupt, wäre es eine große Chance gewesen, wenn sie der Frage, weshalb ein so großer Mangel an Pflegekräften gegeben ist, gründlich nachgegangen wäre und eine Konzeption entwickelt hätte, wie diese Not mit den modernen Mitteln unserer Gesellschaft und Wirtschaft zu beheben sei. Mit dem jetzt vorliegenden und zur Ausschüßberatung anstehenden Entwurf wird lediglich die wirtschaftliche Frage behandelt. Am eigentlichen Problem aber geht der Gesetzentwurf von CDU/CSU und FDP vorbei. Die Sozialdemokratie wird während der Beratungen schon aus diesem Grunde weitere Vorschläge zu machen haben.

SPD an der Spitze

Ein aufschlussreicher Vergleich

ler - Das interessanteste Phänomen der deutschen Innenpolitik mit seinen noch nicht zu übersehenden Auswirkungen für die mittel- und unmittelbare Zukunft ist für viele in- und ausländische Beobachter der Anstieg der deutschen Sozialdemokratie auf Kosten ihrer einst übermächtigen Konkurrentin, die CDU/CSU. Der 17. September 1961, der Tag der vierten Bundestagswahl, ließ eine noch nicht abgeschlossene Umschichtung in der Wählerschicht sichtbar werden. Dieser Umschichtungsprozeß setzt sich verstärkt fort. In allen bisher durchgeführten Länderwahlen - einschließlich Berlin - haben die Unionsparteien mehr als zwei Millionen und die Freien Demokraten über eine Million Stimmen verloren; so gesehen entspricht die gegenwärtige Zusammensetzung des Bundestages nicht mehr der politischen Willensbildung der Bevölkerung. Die Freien Demokraten - von Berlin als Ausnahmefall abgesehen - konnten bei keiner Wahl seit 1961 ihren damaligen Höchststand halten; ihr Anteil an Stimmen fiel von rund 13 Prozent inzwischen im Durchschnitt auf 8 Prozent; der der Unionsparteien von 45,4 - rechnet man das letzte Ergebnis der Landtagswahlen von Rheinland-Pfalz hinzu -, auf 41,2 Prozent. Dagegen stieg der Prozentsatz der Sozialdemokraten von 36,2 Prozent (1961) auf 42,8 Prozent in diesem Zeitraum.

Der Stimmenrückgang für die Regierungsparteien von insgesamt drei Millionen umfaßt Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Hessen, Bayern, Berlin und Rheinland-Pfalz. Zur Stimmenabgabe für die Länderparlamente stehen noch Niedersachsen, Bremen, Baden-Württemberg und das Saarland aus. In den Ländern und Stadtstaaten, die bisher wählten, verfügt die Sozialdemokratie über 414 Parlamentssitze, auf CDU/CSU entfallen 411 und auf die Freien Demokraten 77 Sitze. Die CDU wurde hier von der SPD überrundet. In den zur Wahl noch anstehenden Ländern stellt schon jetzt die Sozialdemokratie die meisten Parlamentarier. Es entfallen: auf die SPD 184, auf die CDU 158, auf die EDP 33 Sitze. Nun spricht nichts gegen eine Unterbrechung des bestehenden Trends. Die bisherigen Erfolge der Sozialdemokratie sind ja nicht regional bedingt - obwohl manche regionale Erscheinungen eine Rolle bei der Entscheidung der Wähler mitwirkten - sie sind Ausdruck einer geschlossenen, ziel-sicheren, mit Blick auf das Ganze gerichteten und Vertrauen erweckenden Politik.

Schon jetzt liegt, alle Länderparlamente zusammengenommen, die CDU/CSU mit knapp 42 Prozent auf dem zweiten Platz und muß der Sozialdemokratie den Vorrang überlassen. Das dürfte sich zu Ungunsten der Adenauer-Partei nach der Stimmgabe der Wähler in Niedersachsen, Bremen, Baden-Württemberg und im Saarland noch ändern. Dort, wo es noch nicht geschah, stoßen die Sozialdemokraten zur Länderspitze vor. Das Jahrhundert der deutschen Sozialdemokratie zeigt diese Partei in einer Position, wie sie sie noch niemals in der deutschen Geschichte besaß. Die Früchte ihrer Arbeit beginnen zu reifen.

Das sollten auch jene bedenken, die sich in der Frage der Kanzlernachfolge den wildesten Spekulationen hingeben.

Harmlos fängt es an

Im Gestrüpp der ostzonalen Nachrichtendienste

sp - Das schleswig-holsteinische Oberlandesgericht hat in diesen Tagen eine düstere Bilanz vorgelegt. Es geht um jene Leute, die in einer Serie von Strafprozessen wegen verräterischer Beziehungen zum sowjetzonalen Nachrichtendienst abgeurteilt worden sind. Nach der Statistik des hohen Gerichts in Schleswig erging im letzten Jahr in 76 Verfahren ein Urteil, während 1961 sogar 82 Personen eine Strafe bekamen. Aber bei all' diesen Fällen geht es im Grunde nicht um die große Spionage, die den Tätern riesige Geldbeträge brachten. In der Mehrzahl sind nicht einmal Leute abgeurteilt worden, die sozusagen als Gesinnungstäter die Verbindung zum zonalen Nachrichtendienst bekamen.

Am besten wird die Situation durch ein Urteil erhellt, das das Oberlandesgericht in diesen Tagen durch seinen ersten Strafsenat in Lübeck gegen einen 32-jährigen Malergesellen namens Walter Jung fällte. Er wurde für 16 Monate ins Gefängnis geschickt, wobei man ihm die Untersuchungshaft anrechnete. 450 DM - ein lächerlich kleiner Betrag, den seine östlichen Auftraggeber ihm zahlten - muß er als Strafe an die Gerichtskasse zurückgeben.

Dieser Mann war mit einer sogenannten Arbeiterdelegation nach Stockholm gefahren und in seinem schleswig-holsteinischen Wohnort mit 3 000 DM verschuldet. Um diese Schulden loszuwerden, unterschrieb er die Verpflichtungserklärung und die Schweigeverpflichtung des sowjetzonalen Nachrichtendienstes, der praktisch an jeden Westdeutschen herantritt, der mit irgendeiner Delegation in die Zone reist.

Bitter fällt bei den Verratsprozessen immer wieder auf, daß es meist junge Leute im Alter von zwanzig bis dreißig Jahren sind, die vom Oberlandesgericht - auch in den anderen Bundesländern - in erster und letzter Instanz abgeurteilt werden. Sie haben Krach mit den Eltern oder kommen im Betrieb nicht zurecht. Die Trotzreaktion treibt sie über die Zonengrenze und da die Grenzbeamten der Bundesrepublik niemandem der Weg in die Zone verwehren, treffen sie dann auch drüben ein.

Oft sind es auch sozusagen Fendler, die allerdings ein Lebensgefährliches Risiko auf sich nehmen, wenn sie von der Zone in die Bundesrepublik zurückwechseln. Allerdings wird ihnen dieser Weg durch die ostzonale Grenzpolizei erleichtert, wenn sie drüben schon die Verpflichtungen

3. April 1963

für die Ausspähaufträge unterschrieben haben. Nur wer in der Bundesrepublik von den Strafverfolgungsorganen gesucht wird, kann bei der Personalüberprüfung der westdeutschen Grenzbeamten festgehalten und oft zu seinem eigenen Vorteil auf dem Weg in die Zone aufgehalten werden.

Das System des sowjetzonalen Nachrichtendienstes ist bekannt. In Auffanglagern oder bei Delegationstreffen treten die Werber freundlich und harmlos, ein Glas Bier anbietend, an sie heran. Es wird alles so harmlos dargestellt; auch die Unterschrift unter den Verpflichtungserklärungen. Oft sind es dann auch belanglose Dinge, die diese Anfänger im Nachrichtengeschäft nach drüben berichten. Das geschieht meist unter Verwendung sogenannter toter Briefkästen, die man ihnen nennt. Aber auch eine einzige Meldung, und sei sie noch so wertlos, bringt sie mit dem deutschen Staatsanwalt in Konflikt, und für verräterische Beziehungen zum sowjetzonalen Nachrichtendienst sind die höchsten Gerichte der Bundesländer zuständig - auch wenn das Ganze mit eigentlicher Spionage nichts zu tun hat.

+ + +

Gemeindepolitik im Vordergrund

sp - Seit Beginn dieses Jahres führt die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Schweden eine landesumfassende Aktion, welche in der Zeit zwischen den jedes zweite Jahr stattfindenden Wahlen, abwechselnd Reichstags- und Gemeindevahlen, eine aktive und ständige Zusammenarbeit zwischen Mitgliedern und Partei schaffen soll durch die Aktionstätigkeit unter der Parole "Wahlfreiheit durch Zusammenarbeit".

Alle Ortsgruppen der Partei - etwa 2.500 - werden in verschiedenen politischen Fragen und in der Werbung zum Wettbewerb aufgerufen. Im Jahre 1963 soll die Zahl der Parteimitglieder um 20.000 auf 825.000 erhöht werden (Schweden hat nur 7,5 Millionen Einwohner!).

In diesem Frühjahr befaßt sich die Aktion vor allem mit Fragen der Gemeindepolitik. Der Entwurf eines kommunalpolitischen Programmes der Partei geht zur Stellungnahme an alle Ortsgruppen. Dieses Programm war bereits Gegenstand lebhafter Aussprachen, u.a. im Fernsehen, denn die Änderung der Produktionsverhältnisse auf Grund der wissenschaftlichen, technischen und organisatorischen Neuerungen wirkt sich in immer stärkerem Maße auf die Siedlungsverhältnisse im Lande aus. Die Bildung leistungsfähiger Großgemeinden, welche der Dienstleistungs-, Ausbildungs- und Versorgungsbedürfnissen eines modernen Sozialstaates gerecht werden können, ist bereits Gegenstand staatlicher Planung. Die Aktion der Partei kann daher weit über den Mitgliederkreis hinaus mit starkem Interesse der Bevölkerung rechnen.

+ + +